

KONJUNKTURREPORT

16. Jg., Ausgabe 2, Juni 2016

Konjunkturbelebung dank Konsum und Investitionen

Die **Weltwirtschaft** hat sich im Frühjahr stabilisiert. Die Verluste an den Aktienmärkten vom Jahresbeginn wurden inzwischen ausgeglichen und die Volatilität nahm ab. Zudem haben sich die Rohstoffpreise stabilisiert. Der globale Einkaufsmanagerindex deutet für das erste Quartal 2016 auf eine insgesamt etwas langsamere wirtschaftliche Expansion in den Industrieländern und ein weiterhin mäßiges Wachstum in den Schwellenländern hin. Der Welthandel hat an Dynamik gewonnen.

In den **USA** setzte sich die bereits zu Jahresende 2015 zu beachtende Konjunkturdelle im ersten Quartal 2016 fort. Nach einem Anstieg um 0,3 % im vierten Quartal schwächte sich das Wachstum des realen saisonbereinigten Bruttoinlandsprodukts (BIP) auf 0,2 % im ersten Quartal ab. Positiv entwickelten sich der private und der öffentliche Konsum, während die Anlageinvestitionen zurückgingen. Der Außenhandel lieferte einen negativen Wachstumsbeitrag, da die Exporte stärker als die Importe sanken. In **Japan** hat sich die Konjunktur belebt. Auf einen Rückgang der saisonbereinigten Wirtschaftsleistung um 0,4 % zu Jahresende folgte im ersten Quartal ein Anstieg um 0,5 %. Positive Wachstumsbeiträge kamen vom privaten und vom öffentlichen Konsum sowie vom Außenbeitrag, während die Anlageinvestitionen rückläufig waren. In **China** erhöhte sich das saisonbereinigte BIP im ersten Quartal um 1,1 %, nach 1,5 % im vierten Jahresviertel. Im Vorjahresvergleich verringerte sich das Wachstum geringfügig auf 6,7 %. Unterstützung kam von der Wirtschaftspolitik und einer kräftigen Ausweitung der Kreditvergabe.

Im **Euroraum** nahm das reale BIP zwischen Jänner und März gegenüber dem Vorquartal um 0,6 % und in der **EU-28** um 0,5 % zu, nach 0,4 % bzw. 0,5 % im vierten Quartal 2015. Unter den großen Mitgliedstaaten betrug der Anstieg in Deutschland, Spanien und Frankreich zwischen 0,6 % und 0,8 %, in Italien dagegen nur 0,3 % und im Vereinigten Königreich 0,4 %.

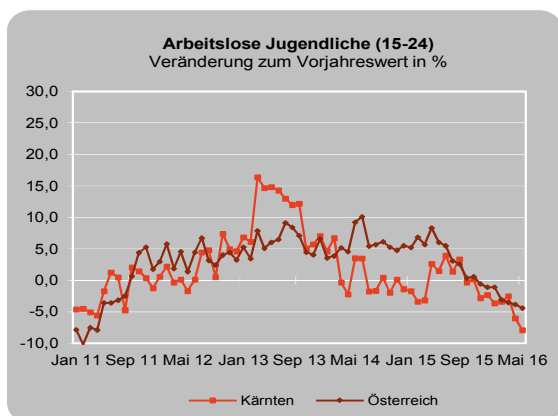
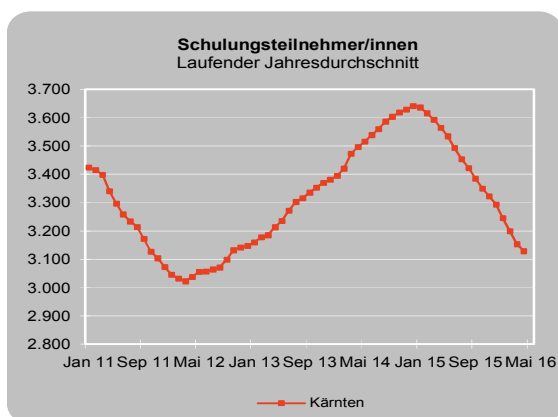
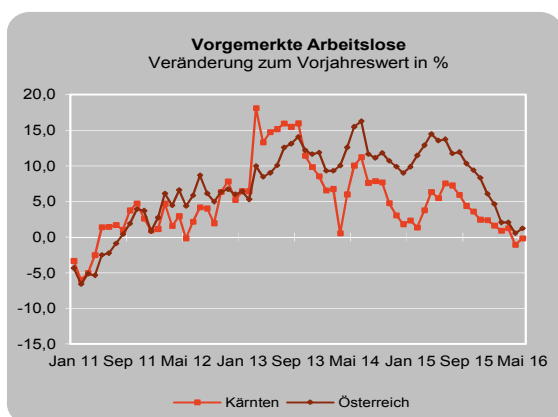
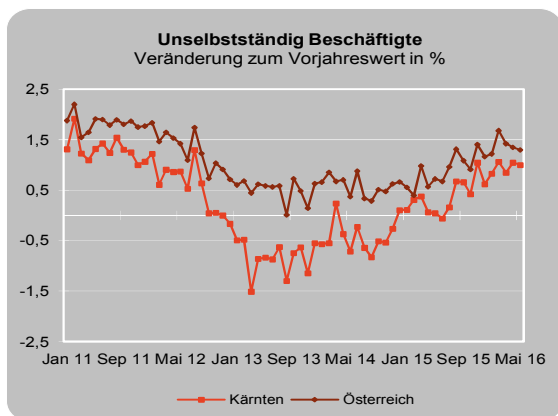
Getragen wurde die Erholung vom privaten Konsum und den Anlageinvestitionen, während vom Außenhandel ein negativer Beitrag ausging.

In **Österreich** stieg die Wirtschaftsleistung im ersten Quartal 2016 um 0,5 %, nach 0,3 % im vierten Quartal. Der private und der öffentliche Konsum lieferten positive Wachstumsbeiträge. Der private Konsum profitierte von der zu Jahresbeginn in Kraft getretenen Steuerreform. Auch die Ausrüstungs- und die Bauinvestitionen wurden kräftig ausgeweitet. Bei den Bauinvestitionen beschränkte sich die positive Entwicklung auf den Nicht-Wohnbereich. Insbesondere aufgrund der Belebung der Investitionstätigkeit stiegen die Importe stärker als die Exporte. Entstehungsseitig stieg die Wertschöpfung in der Sachgütererzeugung, der Kreditwirtschaft und der Landwirtschaft besonders kräftig. Positiv entwickelte sich die Produktion auch im Bauwesen, im Handel, im Grundstückswesen und bei den öffentlichen Dienstleistungen.

In **Kärnten** sank der Produktionsindex für den produzierenden Bereich im Durchschnitt der ersten beiden Monate 2016 um 2,0 % gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum, während er in Österreich insgesamt im ersten Quartal um 1,5 % stieg. Im Verarbeitenden Gewerbe war die Dynamik in Kärnten (1,5 %) und in ganz Österreich (1,7 %) etwa gleich stark. Die Bauproduktion ging in Kärnten um 4,1 %, in Gesamt-Österreich nur um 1,5 % zurück. In Kärnten ist der Hochbau für den Rückgang verantwortlich, während im Tiefbau der Produktionsindex um 5,5 % stieg. Gegenwärtig geht das KIHS davon aus, dass das reale Bruttoregionalprodukt in Kärnten in den Jahren 2016 und 2017 jeweils um 1,2 % und damit erneut schwächer als im Bundesdurchschnitt steigen wird. Die Arbeitslosenquote dürfte mit jeweils 11,4 % hoch bleiben. Die aktuelle Wirtschaftsprognose für Kärnten kann über die Homepage des KIHS abgerufen werden:

<http://www.ihsk.at/wirtschaftsprognose.html>

Klaus Weyerstraß



Aktuelles vom Arbeitsmarkt

Auch in der ersten Jahreshälfte bleibt die Situation am Kärntner wie auch am österreichischen Arbeitsmarkt angespannt; im Mai 2016 beträgt die Zahl der Arbeitslosen in Kärnten 22.075 (Österreich: 334.389). Positiv gilt es jedoch hervorzuheben, dass in Kärnten die Arbeitslosigkeit sowohl im April 2016 (-1,1 %) als auch im Mai (-0,2 %) – erstmals seit April 2011 – im Vergleich zu den Vorjahreswerten gesunken ist, während österreichweit weiterhin Zuwächse verzeichnet werden (+1,2 %). Die vergleichsweise günstige Entwicklung und Annäherung an den Bundesdurchschnitt, wie diese bereits im Verlauf des Jahres 2015 beobachtet wurde, setzt sich damit fort. Daneben gewinnt auch die Beschäftigungsentwicklung weiter an Dynamik; die Zahl der unselbstständig Beschäftigten nimmt in Kärnten mit +1,0 % im Vergleich zum Vorjahr merklich zu (Österreich: +1,3 %). Bei einem österreichweiten Anstieg um 9,0 % sinkt in Kärnten zudem die Zahl der Schulungsteilnehmer/innen beim Arbeitsmarktservice (-4,4 %).

Besonders positiv entwickelt sich aktuell der Jugendarbeitsmarkt: Mit einem Rückgang von 7,9 % (Mai 2016) im Vergleich zum Vorjahr kann bei arbeitslosen Jugendlichen – bereits seit Monaten – eine überdurchschnittliche Entlastung beobachtet werden. Weiterhin angespannt bleibt jedoch die Situation am Lehrstellenmarkt: Im Mai 2016 kommen auf 375 Lehrstellensuchende lediglich 220 sofort verfügbare offene Lehrstellen. Dies entspricht einem Lehrstellenandrang von 1,7, der damit über dem Wert von Österreich (1,5) liegt.

Auch bestehen strukturelle Probleme der Arbeitsmarktentwicklung mit einem weiterhin dramatischen Anstieg der Langzeitarbeitslosigkeit (über 1 Jahr) um 38,7 % wie auch einer überdurchschnittlichen Zunahme der Arbeitslosigkeit von Älteren (50+) um +4,5 % fort; auch in diesen Bereichen fällt die Dynamik in Kärnten jedoch vergleichsweise günstiger als im Bundesdurchschnitt aus.

Aktuelle Wirtschaftsprognosen¹ deuten zudem auf eine anhaltende Zunahme der Beschäftigung hin, allerdings ist der Beschäftigungszuwachs nicht ausreichend, das schneller steigende Arbeitskräfteangebot zu absorbieren; im Jahresverlauf ist somit von einer weiteren, wenn auch nur marginalen, Zunahme der Arbeitslosigkeit auszugehen.²

Robert Klinglmair

¹ Vgl. Fortin et al. (2016): Prognose der Österreichischen Wirtschaft 2016-2017 – Inlandsnachfrage trägt Konjunktur. Economic Forecast 91/2016. Institut für Höhere Studien. Wien.

² Vgl. IHSK (2016): Wirtschaftsprognose Kärnten Jänner 2016. Klagenfurt.

Kommentar: stay or leave?

Zweimal wurde das Ansuchen um Aufnahme Großbritanniens in die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft auf Betreiben des französischen Präsidenten de Gaulle zurückgewiesen. Zwei Jahre nach dem Beitritt Großbritanniens im Jahr 1973 sprachen sich entgegen den Prognosen zwei Drittel der Bevölkerung für einen Verbleib aus. Jahrzehnte später ist die Einstellung zur nunmehrigen Europäischen Union nicht mehr so eindeutig. Die kontrovers geführte Diskussion zwischen Anhängern eines Verbleibs in der EU (Kampagne „Stronger, Safer, Better Off“) und Befürwortern eines Austritts („Vote Leave“) konzentriert sich dabei auf die Auswirkungen für Großbritannien.

Mit einem Austritt des Landes – immerhin der fünftgrößten Volkswirtschaft weltweit – aus der EU würde aber auch letztere massiv an Gewicht im weltweiten Kräfteverhältnis verlieren – sowohl wirtschaftlich als auch politisch. Die EU würde viel von ihrem Prestige einbüßen, denn Großbritannien ist eines der wenigen EU-Länder von realer diplomatischer und militärischer Größe. Frankreich würde als einzige Atommacht in der EU verbleiben. Auch würden sich im Falle eines Austritts die Gewichte innerhalb der EU verschieben (deutsche Vorherrschaft und französische Schwäche). Zusätzlich wäre die EU weniger nach Außen orientiert. So wäre ein Brexit auch ungünstig für die transatlantischen Beziehungen, in denen sich Großbritannien stets als Intermediär erwiesen hat.

EU-Länder könnten einen Austritt als unfreundlichen Akt betrachten und in den folgenden Verhandlungen scharf reagieren. Damit würde sich möglicherweise die Gefahr weiterer Austritte erhöhen. Diese Gefahr würde auch deshalb zunehmen, weil separatistische und euroskeptische Bewegungen in anderen Mitgliedstaaten zusätzlich Aufwind bekommen könnten, wenn erst einmal der erste Schritt zu einer De-Integration in der EU gemacht wurde.

Die Argumente pro und contra Austritt konzentrieren sich immer weniger auf die wirtschaftlichen Effekte, sondern – wie auch schon bei der österreichischen Bundespräsidentenwahl – auf Auswirkungen der Immigration. Die Wiedererlangung der Souveränität ist dabei ein starkes Argument der Brexit Anhänger (die Financial Times schreibt dazu: „Immigration top card for Brexit campaign“). Diese können allerdings keine überzeugenden ökonomischen Argumente für einen Austritt präsentieren. Es ist schon erstaunlich, dass der Rest des Britischen Weltreichs, das ja gerade durch seine Weltoffenheit charakterisiert war, bereit ist, aus vermeintlichen Gründen der

Souveränität ökonomische Nachteile hinzunehmen.

Brexit-Befürworter argumentieren, dass die EU-Länder mehr Güter und Dienstleistungen nach Großbritannien exportieren als sie von dort importieren. Deshalb habe Großbritannien eine starke Position bei den einem Brexit folgenden Verhandlungen. Dem könnte man entgegen halten, dass Großbritannien 12,6 % seiner Wirtschaftsleistung in die EU exportiert, während die EU lediglich 3,1 % ihrer Wirtschaftsleistung nach Großbritannien verkauft. Für einzelne EU Länder wie Frankreich und Italien ist dieser Anteil noch deutlich geringer. Bedeutsamer als die direkten Handelsverflechtungen wäre aber vermutlich die mit einem Austritt Großbritanniens einhergehende Unsicherheit über die künftige Entwicklung der EU. Dies dürfte außereuropäische Investoren davon abschrecken in der EU zu investieren.

Mit einem Austritt Großbritanniens würde der EU ein starker Verfechter einer liberaleren Marktwirtschaft und Gegner von Überregulierung abhanden kommen. „Yes, we have no straight bananas“ schreibt dazu der Economist vom 28. Mai. Die EU hat größere Herausforderungen zu meistern, als die Krümmung von Gurken und den Stromverbrauch von Staubsaugern zu regulieren. Andererseits stimmt Großbritannien bei 87 % der Abstimmungen für EU Regulierungen. Aber selbst ein Austritt würde Großbritannien nicht zu einem Land mit geringer Regulierungsdichte werden lassen. Es müsste dann – so wie z.B. Norwegen und die Schweiz – EU-Standards übernehmen ohne diese mitgestalten zu können.

Eine Mehrheit für das Verlassen der EU käme auch zu einem ungünstigen Zeitpunkt. Wahlen stehen in Spanien drei Tage nach dem Referendum an; Frankreich, Deutschland und wahrscheinlich Italien wählen nächstes Jahr. Und ironischerweise übernimmt Großbritannien in der zweiten Hälfte 2017 die EU-Präsidentschaft – zu einem Zeitpunkt, zu dem die Brexit Verhandlungen am intensivsten sein könnten.

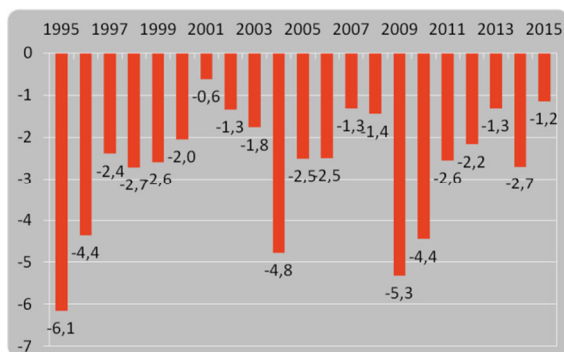
Großbritannien stellt in vielerlei Beziehungen ein Korrektiv für Fehlentwicklungen in der EU dar. Brexit-Befürworter argumentieren sogar mit dem „Opfer“, das sie für das gemeinsame europäische Gut erbringen („Only Britain's departure will allow Europe to bounce back“). Ein Brexit könnte zwar die Integrationsbemühungen wieder aufleben lassen, z.B. durch eine revitalisierte Allianz zwischen Deutschland und Frankreich, im ungünstigsten Fall aber zu einem Exit für die ganze EU werden. Die Schuld dafür sollten wir aber dennoch nicht den Briten zuschieben.

Norbert Wohlgemuth

Nachhaltige Finanzpolitik als Basis für langfristiges Wirtschaftswachstum

Unter dem Gebot der Nachhaltigkeit wird grundsätzlich eine Vermeidung von langfristigen Fehlentwicklungen bzw. die Berücksichtigung von Wirkungszusammenhängen, welche deutlich in die Zukunft reichen, verstanden. In Bezug auf die Finanzpolitik können unter dem Begriff der Nachhaltigkeit die Zielsetzungen subsumiert werden, eine dauerhafte Handlungsfähigkeit des Staates zu gewährleisten, sowie die Basis für eine wachsende Wirtschaft langfristig zu sichern. Als wesentliche Aspekte dafür werden u.a. das Abwenden langfristiger Belastungen bzw. nahezu ausgeglichene Haushalte, eine wirtschaftsfördernde Einnahmen- und Ausgabenstruktur des Staates sowie intergenerative Verteilungsgerechtigkeit gesehen.³

Abbildung 1: Öffentliches Defizit gemäß ESVG 2010, Österreich, 1995-2015, in % des BIP



Quelle: Statistik Austria (2016): Öffentliches Defizit. Verfügbar unter http://www.statistik.at/web_de/statistiken/wirtschaft/oeffentliche_finanzen_und_steuern/maastricht-indikatoren/oeffentliches_defizit/index.html. Download am 12.06.2016, eigene Darstellung

Einen ersten Hinweis zur Relevanz fiskalischer Nachhaltigkeit im politischen Alltagsgeschehen kann ein Blick auf die Entwicklung der Verschuldung bzw. das jährliche Haushaltssaldo des Staates bieten. Hierbei fällt auf, dass Österreich in den vergangenen 20 Jahren kein einziges Mal einen Haushaltsüberschuss erzielt hat (vgl. Abbildung 1). Der Schuldenstand ist im Betrachtungszeitraum von 68,0 % des BIP (1995) auf 86,2 % des BIP (2015) angestiegen.⁴ D.h. mittlerweile müssten über 85 % der gesamten Einnahmen der Volkswirtschaft in einem Jahr für die Tilgung der Staatsschul-

den aufgewendet werden. Zinszahlungen oder etwaig schlagend werdende Haftungen sind dabei noch nicht berücksichtigte (Eventual-) Verpflichtungen. So machen allein die Zinszahlungen des Bundes jährlich rund € 7 Mrd. aus.⁵ Zudem kann, wie die aktuelle Situation in Kärnten zeigt, auch das Schlagendwerden von Haftungen nicht ausgeschlossen und teuer werden. Dies gilt vor allem aufgrund des nicht unerheblichen Ausmaßes an Haftungen: Ende 2011 wurde das Haftungsobligo der Gebietskörperschaften auf 60 % des BIP geschätzt.⁶

Die mit einer hohen Staatsverschuldung einhergehende Gefahr eingeschränkter fiskalischer Handlungsfähigkeit im konjunkturellen Bedarfsfall und daraus resultierender Folgekosten zeigte sich nicht zuletzt im Rahmen der Finanz- und Wirtschaftskrise. Darüber hinaus ist jedoch im Besonderen aufgrund der demographischen Entwicklungen und der aus der Bevölkerungsalterung resultierenden künftigen Kostenbelastungen die Tragbarkeit der bestehenden Finanzpolitik des Staates noch deutlich kritischer zu prüfen. Der Anstieg an Leistungsempfängern im Pensions-, Gesundheits- und Pflegebereich und die damit einhergehende rückläufige Entwicklung der Beitragszahler bergen zusätzliche Herausforderungen und verlangen umso mehr nachhaltige und generationengerechte Lösungsansätze.

Analysen zur fiskalischen Nachhaltigkeit unterstreichen den Handlungsbedarf in Österreich: Eine Bewertung der Haushaltspolitik der OECD Länder in Bezug auf deren Nachhaltigkeit attestiert Österreich lediglich den 18. Rang, und damit nur noch knapp einen Rang über dem OECD/EU-Durchschnitt. Angeführt wird der Ländervergleich von Norwegen, Estland und Schweden. Während die positive Platzierung Norwegens u.a. damit begründet wird, dass Erlöse aus den Ölressourcen des Landes mitunter zur langfristigen Rentenfinanzierung eingesetzt werden, zeichnen sich die Länder Estland und Schweden gemäß den Autoren durch eine über Jahre hinweg sehr nachhaltige und generationengerechte Haushaltspolitik aus. Unser Nachbarland Deutschland rangiert in der genannten Bewertung der Nachhaltigkeit der Haushaltspolitik auf dem 14. Platz und damit ebenfalls vor Österreich.⁷

Einen umfassenden Einblick zur fiskalischen Nachhaltigkeit der EU-Länder bietet zudem der

³ Vgl. Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium der Finanzen (2001): Nachhaltigkeit in der Finanzpolitik. Konzepte für eine langfristige Orientierung öffentlicher Haushalte. Schriftenreihe des BMF, Heft 71, Berlin.

⁴ Vgl. Statistik Austria (2016): Öffentlicher Schuldenstand. Verfügbar unter: http://www.statistik.at/web_de/statistiken/wirtschaft/oeffentliche_finanzen_und_steuern/maastricht-indikatoren/oeffentlicher_schuldenstand/019895.html. Download am 12.06.2016.

⁵ Vgl. Fiskalrat (2016): Finanzschuldenaufwand des Bundes. Verfügbar unter https://www.oenb.at/isaweb/report_do?lang=DE&report=7.22. Download am 12.06.2016.

⁶ Vgl. Hauth, E. und Grossmann, B. (2013): Haftungen der Gebietskörperschaften für Dritte. Inwieweit limitieren die neuen Obergrenzenbestimmungen deren Haftungsrisiko? Wien.

⁷ Vgl. Bertelsmann Stiftung (2014): Nachhaltiges Regieren in der OECD und EU. Sustainable Governance Indicators 2014. Gütersloh.

Fiscal Sustainability Report der Europäischen Kommission, welcher die kurzfristige, mittelfristige und langfristige fiskalische Nachhaltigkeit der Mitgliedsstaaten evaluiert. Unter kurzfristiger Perspektive wird Österreich ein geringes fiskalisches Risiko attestiert. Dies gilt auch für alle weiteren EU-Mitgliedsstaaten, wobei Zypern und Griechenland nicht in die Analyse miteinbezogen wurden. Im Rahmen der Bewertung der mittelfristigen Nachhaltigkeit wird ein 10-Jahres-Horizont betrachtet, unter Einbeziehung der Zielsetzung einer Rückführung der Verschuldung auf 60 % des BIP sowie der Berücksichtigung der Kosten der Alterung, bei sonst konstanter Entwicklung. Österreich wird unter diesen Prämissen – gemeinsam mit Litauen, Ungarn, den Niederlanden und Polen – ein mittleres fiskalisches Nachhaltigkeitsrisiko zugesprochen (vgl. Tabelle 1), wobei dem Schuldenstand als auch den Kosten für die Alterung der Bevölkerung eine zentrale Rolle für das erhöhte Risiko beigemessen wird.

Tabelle 1: Fiskalische Nachhaltigkeit in den EU-Mitgliedsstaaten

	Mittelfristiges Risiko	Langfristiges Risiko
Gering	Bulgarien, Tschechien, Dänemark, Deutschland, Estland, Lettland, Luxemburg, Malta, Slowakei, Schweden	Dänemark, Deutschland, Estland, Irland, Spanien, Frankreich, Kroatien, Italien, Lettland, Ungarn, Portugal
Mittel	Litauen, Ungarn, Niederlande, Österreich, Polen	Belgien, Bulgarien, Tschechien, Litauen, Luxemburg, Malta, Niederlande, Österreich, Polen, Rumänien, Slowakei, Finnland, Schweden, Großbritannien
Hoch	Belgien, Irland, Spanien, Frankreich, Kroatien, Italien, Portugal, Rumänien, Slowenien, Finnland, Großbritannien	Slowenien

Quelle: European Commission (2016); eigene Darstellung

Vergleichbar fallen auch die Ergebnisse zur Langzeitperspektive für Österreich aus, wobei in diesem Zusammenhang im Besonderen die altersbezogenen Kosten im Gesundheits- und Pflegebereich als wesentliche Determinanten hervorgehoben werden. Es wird jedoch darauf aufmerksam gemacht, dass auch die Pensionsausgaben in Österreich signifikant über dem europäischen Durchschnitt liegen. Deutschland weist auch in dieser Bewertung einen eindeutigen Vorsprung gegenüber Österreich auf: sowohl mittelfristig als auch langfristig sei das fiskalische Risiko gering.⁸

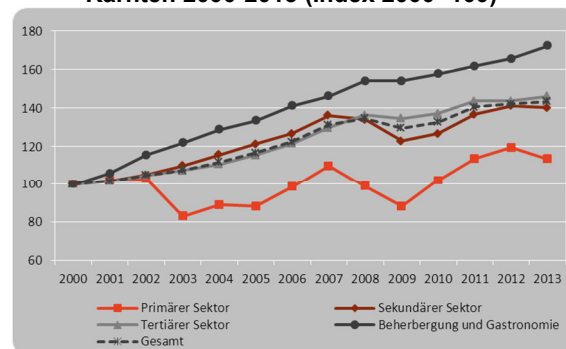
Birgit Aigner-Walder

⁸ Vgl. European Commission (2016): Fiscal Sustainability Report 2015. European Economy. Institutional Paper 018. Luxembourg.

Wirtschaftsfaktor Tourismus und Freizeitwirtschaft in Kärnten

Kärnten zählt unter den Tourismusregionen Österreichs mit rund 12,2 Mio. Nächtigungen im Jahr 2014/15 zu den zentralen „Playern“. Im Bundesländer-Ranking liegt man damit – nach Tirol, Salzburg und den vom Städtetourismus geprägten Wien – an vierter Position. Trotz sinkender Nächtigungszahlen (-25,7 % seit dem Jahr 1985/86) hat sich die Bruttowertschöpfung im Beherbergungs- und Gastronomiektor im Vergleich zur Gesamtentwicklung als auch zum produzierenden Bereich und dem gesamten tertiären Sektor in den letzten Jahren überproportional entwickelt. So ist die Bruttowertschöpfung im Beherbergungs- und Gaststättenbereich seit dem Jahr 2000 um 72,5 % angestiegen, während der gesamte Dienstleistungssektor (+46,3 %) als auch der produzierende Bereich (+40,2 %) hinter dieser Entwicklung zurückblieben (vgl. Abbildung 2). Die Bedeutung des Tourismus sollte daher nicht ausschließlich an der Entwicklung der Nächtigungszahlen festgemacht, sondern vielmehr auch als zentraler Wirtschaftsfaktor für das Bundesland Kärnten wahrgenommen werden. Da touristische Einrichtungen bzw. Infrastruktur (z.B. Ausflugsziele, Radwege etc.) nicht nur den Tourist/innen zur Verfügung stehen, sondern auch von der einheimischen Bevölkerung in ihrer Freizeit genutzt werden, ist der Tourismussektor eng mit der Freizeitwirtschaft verzahnt und wird häufig als ein Wirtschaftszweig subsumiert.

Abbildung 2: Entwicklung der Bruttowertschöpfung nach ausgewählten Sektoren, Kärnten 2000-2013 (Index 2000=100)



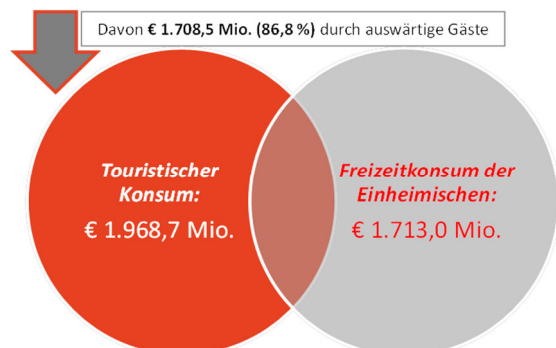
Quelle: Statistik Austria – VGR; eigene Berechnungen KIHS

Die Daten der amtlichen Statistik (Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung – VGR), die im Wesentlichen nur den Sektor „Beherbergung und Gastronomie“ (siehe Abbildung 2) als tourismus- und freizeitrelevant berücksichtigen, bilden den Tourismus und die Freizeitwirtschaft sowie deren wirtschaftliche Verflechtungen

jedoch nicht vollständig ab. Neben dem Beherbergungs- und Gaststättenbereich sind auch noch weitere Wirtschaftssektoren wie etwa Kultur, Unterhaltung, Erholung, Verkehr oder die Sachgütererzeugung zumindest teilweise tourismus- und freizeitrelevant. Um ein vollständiges Bild über den Umfang und die gesamtwirtschaftliche Bedeutung der Tourismus- und Freizeitwirtschaft in Kärnten zu erhalten, wurde von der Wirtschaftskammer Kärnten, dem Land Kärnten sowie der Kärnten Werbung eine umfassende Wertschöpfungs- und Beschäftigungsanalyse initiiert.

Diese Analyse setzt zur Erfassung des Tourismus- und Freizeitsektors – im Gegensatz zur VGR – an der Nachfrageseite an. Die Nachfrageströme der Tourismus- und Freizeitwirtschaft setzen sich dabei aus der touristischen Nachfrage, also den Konsumausgaben der Gäste für verschiedene Produkte und Dienstleistungen und dem Freizeitkonsum der Einheimischen am Wohnort zusammen. Erste Komponente umfasst die Ausgaben der Übernachtungs- und Tagesgäste, die Ausgaben im Rahmen von Verwandten- und Bekanntenbesuchen sowie die Aufwendungen an Zweitwohnsitzen und beläuft sich auf insgesamt rund € 1,97 Mrd. Der Großteil des touristischen Konsums – insgesamt € 1,7 Mrd. oder 86,8 % – wird von auswärtigen Gästen aus Rest-Österreich und dem Ausland nach Kärnten „importiert“, was den hohen Stellenwert des „Incoming-Tourismus“ für Kärnten aufzeigt (vgl. Abbildung 3). Damit in Zusammenhang steht auch ein deutlicher Überschuss aus der Reiseverkehrsbilanz⁹ für Kärnten, der sich auf Basis von Daten der Österreichischen Nationalbank (OeNB) mit rund € 658 Mio. abschätzen lässt.

Abbildung 3: Zusammensetzung des Tourismus- und Freizeitkonsums in Kärnten



Quelle: Kärnten Werbung – T-MONA; Statistik Austria – TSA und Konsumerhebung; eigene Berechnungen KIHS

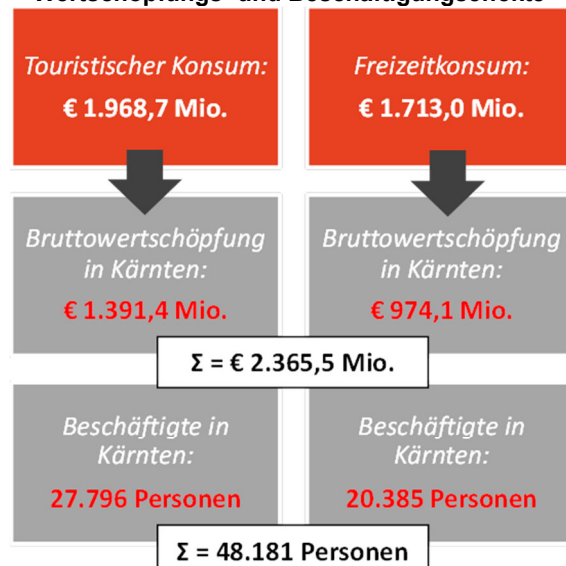
⁹ Differenz zwischen den für Kärnten abgeschätzten Reiseverkehreinnahmen (Ausgaben der Ausländer/innen in Kärnten) und den Reiseverkehrausgaben (Ausgaben der Kärntner/innen im Ausland).

Im Freizeitkonsum sind die Verbrauchsausgaben der heimischen Bevölkerung für Produkte und Dienstleistungen, die der Freizeitgestaltung dienen, enthalten (z.B. Sport- und Freizeitausrüstungen, Besuch von Sport- und Kulturveranstaltungen, Gastronomie etc.). Insgesamt belaufen sich die Freizeitausgaben der Kärntner/innen auf rund € 1,71 Mrd.¹⁰ (vgl. Abbildung 3).

Durch den Nachfrageimpuls in der Tourismus- und Freizeitwirtschaft werden in Kärnten regionalwirtschaftliche Effekte ausgelöst, die auf Basis der Input-Output-Methodik quantifiziert wurden. Das methodische Instrument der Input-Output-Analyse ermöglicht es, die Wirtschaftsverflechtungen der Tourismus- und Freizeitbranche zu erfassen und den multiplikativ verstärkten gesamtwirtschaftlichen Effekt, der durch die Ausgaben der Tourist/innen und Einheimischen ausgelöst wird, zu ermitteln.

Die im Bundesland Kärnten entstehende (direkte, indirekte und induzierte) Wertschöpfung lässt sich mit insgesamt rund € 2,37 Mrd. beziffern, wobei deutlich mehr als die Hälfte (58,8 % oder € 1,39 Mrd.) durch den Tourismus verursacht wird (vgl. Abbildung 4). In Relation zur gesamten Bruttowertschöpfung in Kärnten macht die Tourismus- und Freizeitwirtschaft damit einen Anteil von 15,0 % aus.

Abbildung 4: In Kärnten ausgelöste Wertschöpfungs- und Beschäftigungseffekte



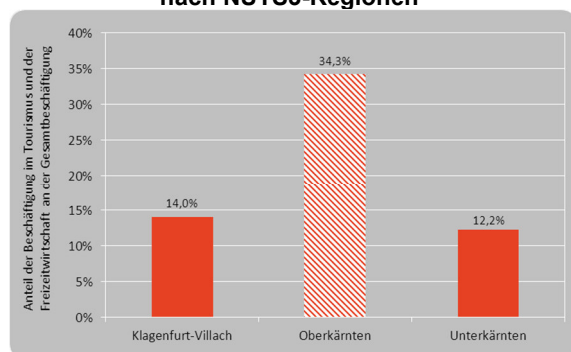
Quelle: Eigene Berechnungen KIHS

¹⁰ Darin sind weder die Ausgaben für Urlaube noch für Tagesausflüge enthalten, wonach hier eine klare Abgrenzung zum touristischen Konsum gewährleistet wird.

Darüber hinaus werden durch den Tourismus in Kärnten 27.796 Beschäftigungsverhältnisse generiert bzw. gesichert; der Beschäftigungseffekt der Freizeitwirtschaft liegt bei 20.385 Personen, wonach in Kärnten rund 48.000 Beschäftigungsverhältnisse direkt oder indirekt vom Tourismus- und Freizeitsektor abhängen. Im Vergleich zur Gesamtzahl der Beschäftigungsverhältnisse in Kärnten entspricht dies einem Anteil von rund 17,6 %. Umgelegt auf die betroffenen Arbeitsplätze heißt dies, dass in Kärnten fast jeder 5. Arbeitsplatz direkt oder indirekt mit dem Tourismus und der Freizeitwirtschaft in Zusammenhang steht.

Hinsichtlich der Beschäftigungswirkungen zeigen sich zudem deutliche regionale Unterschiede, da besonders der Tourismus in den einzelnen Regionen Kärntens ein unterschiedlich starkes Gewicht aufweist.

Abbildung 5: Anteil der Beschäftigung im Tourismus und der Freizeitwirtschaft nach NUTS3-Regionen



Quelle: Statistik Austria – VGR; WIBIS Kärnten; eigene Berechnungen KIHS

So ist die Beschäftigung im Tourismus und der Freizeitwirtschaft in den ländlich geprägten, peripheren Regionen mit hohem Nächtigungsanteil und überdurchschnittlich hoher Nächtigungsdichte von größerer Relevanz. Während im Zentralraum „nur“ jeder 7. Arbeitsplatz (entspricht 14,0 % Anteil an der Gesamtbeschäftigung), in Unterkärnten sogar nur jeder 8. Arbeitsplatz (12,2 % Anteil) direkt oder indirekt vom Tourismus und der Freizeitwirtschaft abhängig ist, sind in Oberkärnten mehr als ein Drittel aller Erwerbstätigen in diesem Bereich beschäftigt (vgl. Abbildung 5). Hier steht somit jeder 3. Arbeitsplatz direkt oder indirekt mit dem Tourismus und der Freizeitwirtschaft in Zusammenhang.

Andrea Klinglmair

Das IHS Kärnten wird zum KIHS

In Abstimmung mit dem IHS Wien wurde entschieden eine Namens- und LOGO-Änderung vorzunehmen. Damit sollen die regionale Verankerung des Instituts hervorgehoben und dessen Selbstständigkeit betont werden. Die neue Bezeichnung lautet „Kärntner Institut für Höhere Studien und wissenschaftliche Forschung“ – KIHS. Diese Ausgabe des Konjunkturreports ist die erste mit neuem Logo/Layout.

Personalia



Mit 1. Juni 2016 übernahm Dr. Norbert Wohlgemuth die Leitung des KIHS. Der bisherige Geschäftsführer, Herr Dr. Markus Bliem, wechselte ins Amt der Kärntner Landesregierung, wo er für die Strategische Landesentwicklung zuständig ist. Wir wünschen ihm viel

Erfolg bei dieser herausfordernden Aufgabe.

Norbert Wohlgemuth ist außerordentlicher Professor am Institut für Volkswirtschaftslehre an der Alpen-Adria-Universität Klagenfurt. Nach dem Studium der Betriebs- und Wirtschaftsinformatik (TU und Uni Wien) und des Doktoratsstudiums an der Universität Wien arbeitete er einige Jahre in der Economic Analysis Division der Internationalen Energieagentur in Paris sowie am UNEP Risø Centre on Energy, Climate and Sustainable Development, in Roskilde, Dänemark. Forschungsschwerpunkte beinhalten institutionelle Veränderungen in Energieindustrien, Energie und Entwicklung sowie gesellschaftliche und ökonomische Auswirkungen von Innovationen.

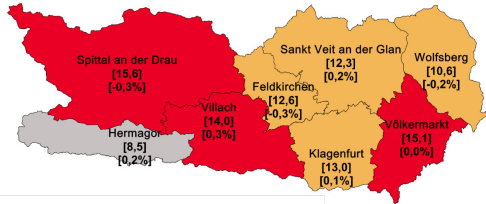
Mit Ende Mai wechselte Frau Dr. Andrea Klinglmair zur Diakonie de La Tour. Als Assistentin der Geschäftsführung wünschen wir ihr alles Gute für die neuen Herausforderungen.

Herr Reinhard Hödl, BSc., Student des Umwelt- und Bioressourcenmanagement im Master an der BOKU Wien, verstärkt als Praktikant das Team des KIHS während der Sommermonate. Während dieser Zeit wird er am Projekt „Analyse von Maßnahmen zur Eindämmung des Flächenverbrauchs in Österreich unter besonderer Berücksichtigung von Brachflächenrecycling“ mitarbeiten.

Wirtschaftskennzahlen im Überblick

Arbeitsmarkt

Arbeitslosenquoten in den Kärntner Bezirken, 1. Quartal 2016



Regionale Arbeitslosenquoten in Kärnten 2016, 1. Quartal [Veränderung zum Vorjahresquartal in Prozentpunkten]
 Kärnten: 13,5 %
 Österreich: 10,2 %

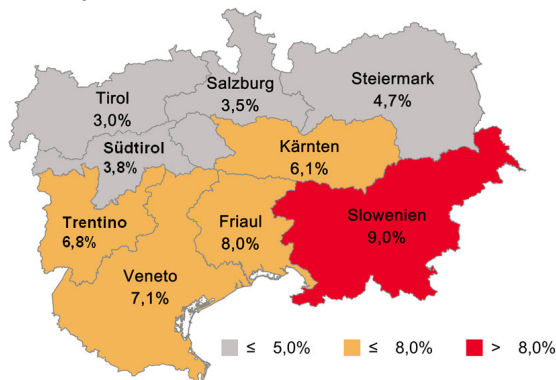
Quelle: AMS (2016, online); eigene Berechnungen und Darstellung KIHS

Beschäftigte und Erwerbsquote (15 Jahre und mehr) in Österreich und im Alpen-Adria Raum, 2015

Region	Beschäftigte		Erwerbsquote	
	(in 1.000)	Δ 14-15	(in %)	Δ 14-15
Österreich	4.148,3	0,9%	60,7%	0,0
Veneto	2.051,6	-0,7%	52,6%	-0,6
Slowenien	917,4	0,1%	57,3%	-0,4
Steiermark	586,1	0,4%	59,0%	-0,3
Friaul	495,5	0,1%	50,7%	0,1
Tirol	373,3	1,2%	62,7%	-0,2
Salzburg	271,3	1,2%	62,3%	0,2
Kärnten	255,7	-0,4%	57,3%	-0,4
Südtirol	244,6	0,4%	59,1%	-0,5
Trentino	232,5	0,1%	55,3%	-0,2

Quelle: Eurostat (2016, online); eigene Berechnungen KIHS

Arbeitslosenquoten (15 Jahre und mehr) Alpen-Adria Raum nach EU-Definition, 2015



Quelle: Eurostat (2016, online); eigene Darstellung KIHS

Impressum

Herausgeber: KIHS
Adresse: Alter Platz 10, 9020 Klagenfurt
 Tel. (0463) 592150, Fax DW 23
E-Mail: office@ihsk.at
Website: www.ihsk.at

Der KIHS Konjunkturreport erscheint mit finanzieller Unterstützung der Wirtschaftskammer Kärnten, der Industriellenvereinigung Kärnten, der Arbeiterkammer Kärnten sowie des Landes Kärnten vier Mal jährlich.

Redaktionsschluss: 14. Juni 2016

Konjunkturprognose

Konjunkturprognose für Italien, Österreich und Slowenien, Jahr 2016

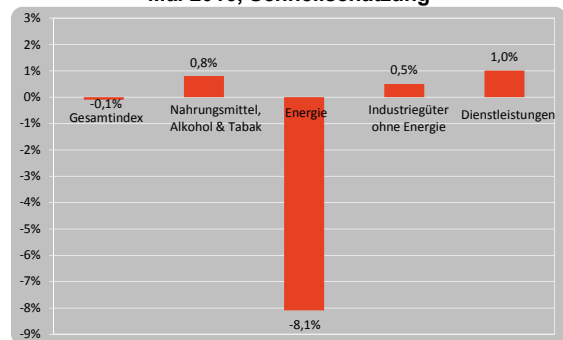
Veränderung gegenüber dem Vorjahresquartal (Q1) in %

	1. Quartal				Prognose
	2013	2014	2015	2016	2016
BIP					
Italien	-2,7%	-0,1%	0,1%	1,0%	1,0%
Österreich	-0,5%	1,2%	0,3%	1,3%	1,5%
Slowenien	-3,4%	2,2%	3,0%	2,3%	2,0%
Beschäftigung (in 1.000)					
Italien (absoluter Wert)	22.302	22.211	22.372	-	0,9%
Österreich (absoluter Wert)	4.090	4.104	4.130	-	0,9%
Slowenien (absoluter Wert)	904	913	915	-	0,7%

Quellen: OECD (2016, online); BIP Jahresprognose: IHS Wien (2016); Beschäftigungsprognose: Europäische Kommission (2016); eigene Berechnungen KIHS

Inflation

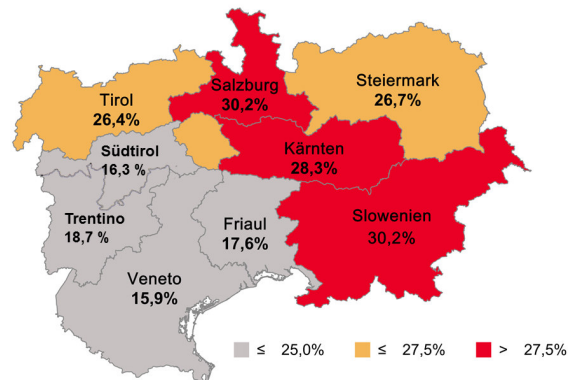
Jährliche Inflation im Euroraum, Mai 2016, Schnellschätzung



Quelle: Eurostat (2016, online); eigene Darstellung KIHS

Bildungsstatistik

Bevölkerungsanteil (25-64 Jahre) mit einem tertiären Bildungsabschluss (ISCED Stufen 5-8), 2015



Quelle: Eurostat (2016, online); eigene Darstellung KIHS